

# Drohendes Aus der „Kindergarten-Ehe“ sorgt für Enttäuschung

Großbundenbacher Rat tagt coronabedingt unter freiem Himmel. Ortsbürgermeister Dieter Glahn bedauert Überlegungen Kleinbundenbachs.

**GROSSBUNDENBACH** (cos) Erneut mussten die Mitglieder des Ortsgemeinderates Großbundenbach mit Ortsbürgermeister Dieter Glahn an der Spitze unter freiem Himmel tagen. Corona machte es notwendig.

Ortsbürgermeister Dieter Glahn war gut vorbereitet und hatte eine wärmende Strickmütze mit Bommel auf dem Haupte sitzen. Für den Fall der Fälle schmückte eine Kopfleuchte die Stirn des Ersten Ortsbeigeordneten Wolfgang Rapp. Gebraucht wurde sie nicht, denn ob der Abendkälte ging alles ratzfatz, ehe sich das Gremium nach dem öffentlichen Sitzungsteil zu weiteren Beratungen hinter verschlossenen Türen in die Kindertagesstätte begab.

Fast wichtiger als die Verpflichtung eines nachrückenden Ratsmitgliedes, Beratung des Haushalts 2020/2021 und der Beschluss zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle beim ehemaligen Milchhäuschen war die Erklärung von Ortsbürgermeister Glahn aus aktuellem Anlass, sprich der Trennung in Sachen Kindertagesstätte Bundenbach mit Sitz in Großbundenbach. „Ja, wir sind enttäuscht, wir nehmen das, was die Kollegen aus Kleinbundenbach jetzt beschlossen haben so zur Kenntnis.“ Natürlich müsste man die Haltung des Ortsgemeinderates von Kleinbundenbach akzeptieren. Nun müsse abgewartet werden. „Sollte es zur Trennung kommen, bleibt

bei uns die Enttäuschung zurück. Der Ball liegt jetzt in Kleinbundenbach“, sagte Glahn.

Großbundenbach ist weiter klamm, das zeigte der Haushalt für 2020/2021. Liquiditätskredite mussten für die letzten Jahre aufgenommen werden, ein Mehr an Schlüsselzuweisungen und bei der Gewerbesteuer brachten leichte Entspannung in die Haushaltsvorjahre, zu denen noch keine Rechnungsabschlüsse vorliegen. Auch für dieses Jahr wird im Finanzhaushalt wieder mit einem Fehlbetrag gerechnet, dieser ist mit 6720 Euro beziffert, im kommenden gar mit 20 060 Euro. Kredite zur Liquiditätssicherung sind deshalb auch künftig notwendig.

Bis zum Jahr 2023 rechnet die Kämmerei der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land mit einem Anstieg auf 220 280 Euro. Jährlich anfallende Zinsen allein dafür: 3304 Euro. Sparsamer Mitteleinsatz ist deshalb angesagt.

Zur Grünflächenpflege soll im kommenden Jahr ein Rasentraktorsersatzgerät angeschafft werden, 5000 Euro sind im Etat berücksichtigt. Hinzu kommen diverse Arbeitsgeräte für insgesamt 3000 Euro. Für dieses Jahr prognostiziert die Verwaltung bei den Kindergartenpersonalen (ungedeckter Bedarf) eine Deckungslücke in Höhe von 51 310 Euro. Aufgeteilt nach der

in der Einrichtung aufgenommenen Kinder muss Großbundenbach 19 620 Euro zahlen, für die Kleinbundenbacher sind es gar 31 690 Euro. Planungs- und sonstige Kosten in Höhe von 24 000 Euro sind für die Erweiterungsmaßnahme bei der Kita angefallen die, selbst wenn die „Kindergartenehe“ zwischen den beiden Orten bestehen bleiben sollte, abzurechnen sind und jeden Ort entsprechend der getroffenen Vereinbarung hälftig, also mit jeweils 12 000 Euro belasten.

An den Landkreis müssen nach der Schätzung 132 310 Euro abgeführt werden. Die Verbandsgemeindeumlage schlägt sich mit 97 330 Euro nieder. Schlüsselzuweisungen sind in Höhe von 86 940 Euro eingeplant, Grundsteuern mit rund 32 000 Euro.

Mit 168 370 Euro ist der Anteil an der Einkommensteuer die höchste Einnahmequelle überhaupt. Bei der Gewerbesteuer sind durchgängig rund 4000 Euro als Einnahme vorgesehen. Zum Entwurf des öffentlich bekanntgemachten Haushalts reichte Bürger Steffen Schmidt insgesamt 16 Anregungspunkte ein. Sie reichten vom Beschaffen eines Defibrillators über den Bau eines Matschplatzes für Kinder, dem Straßenausbau ohne Beitragserhebung, der Ansiedlung von Milanen, Schwarzstörchen und Uhus bis hin zum Schaffen eines Neubaugebie-



Fröstelndes Treffen: Wegen Corona fand die Ratssitzung im Freien statt, unter einer Laterne.

FOTO: NORBERT SCHWARZ

tes oder der regionalen Holzvermarktung.

Ortsbürgermeister Glahn befand die Idee, einen Defibrillators anzuschaffen, als sinnvoll, Mittel seien im Etat eingestellt, die Ratsmitglieder waren damit einverstanden und folgten auch dem weitergehend

Vorschlag, alle übrigen Punkte unter den Tisch fallen zu lassen, weil das mit dem Etat nicht umsetzbar sei. Dem Haushalt wurde einstimmig zugestimmt.

Annette Morsch war zum Sitzungsbeginn als nachrückendes Ratsmitglied verpflichtet worden.

Der Haltepunkt beim Milchhäuschen soll barrierefrei ausgebaut werden, wie andernorts auch ist das Gremium damit einverstanden, dass das Planungsbüro Schönhofen aus Kaiserslautern vom Landesbetrieb Mobilität (LBM) mit der Planung beauftragt wird.